

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

**Bereitstellung von außerplanmäßigen
Mitteln in Höhe von 70.000 € für
Maßnahmen zur Verbesserung der Situation
des Einzelhandels in Kirchheim**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 23. November 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Gemeinderat	15.11.2007	Ö	☐ ja ☐ nein ☐ ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat beschließt die Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 70.000 € für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des Einzelhandels in Kirchheim. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer.

Sitzung des Gemeinderates vom 15.11.2007

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.11.2007

- 15.1 **Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 70.000 € für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des Einzelhandels in Kirchheim**
Beschlussvorlage 0359/2007

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Pflüger, Stadträtin Marggraf, Stadträtin Spinnler, Stadtrat Rehm, Stadtrat Brants

Stadtrat Pflüger zeigt sich mit der Reduzierung auf 70.000 € dann nicht einverstanden, wenn von diesen Mitteln – wie von der Verwaltung vorgeschlagen – auch noch beispielsweise neue Hinweisschilder bzw. Begrünungsmaßnahmen finanziert werden sollen, da dies die reduzierten Mittel noch weiter schmälern würde.

Mit den 70.000 € könne er sich einverstanden erklären, wenn diese ausschließlich für Werbungsmaßnahmen verwendet werden oder es müsse bei der ursprünglichen Summe von 100.000 € bleiben.

Nach kurzem Meinungsaustausch erklärt Oberbürgermeister Dr. Würzner, dass einem unabhängigen Gremium, das nicht nur aus Mitgliedern des Handwerker- und Gewerbevereins bestehe, ein Fonds zur Verfügung gestellt werde. Dort müssen die Projekte angemeldet und geprüft werden, von dort erfolge die Abrechnung und über die Mittelverwendung werde der Gemeinderat in Kenntnis gesetzt.

gez.

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmig beschlossen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
AB 1	+	Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen Begründung: Durch die Mittelbereitstellung sollen weitere Geschäftsschließungen und damit weitere Arbeitsplatzverluste innerhalb des Kirchheimer Einzelhandels verhindert werden.
AB 4	+	Ziele: Stärkung von Mittelstand und Handwerk Begründung: Durch die Mittelbereitstellung sollen auch Mittelstand und Handwerk unterstützt werden.
AB 5	+	Ziele: Erhalt der Einzelhandelsstruktur Begründung: Durch die Mittelbereitstellung soll der Bestand des Kirchheimer Einzelhandels gesichert werden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine.



II. Begründung:

Am 12.10.2007 fand ein Treffen des Oberbürgermeisters mit den von der Baumaßnahme „Straßenbahn Kirchheim“ betroffenen Gewerbetreibenden in diesem Stadtteil statt. Über 304.000 € an direkten Hilfeleistungen aus dem Baustellenunterstützungsfonds sind 52 Gewerbebetrieben zugeflossen, die von den Baumaßnahmen beeinträchtigt waren. Dieser Fonds steht jedoch nicht mehr für Beeinträchtigungen zur Verfügung, die für die Zeit nach dem Abschluss der Baumaßnahmen geltend gemacht werden.

Die erschienenen Gewerbetreibenden beklagten den trotz Abschluss der Bauarbeiten bestehenden Mangel an Kundschaft und die damit verbundenen massiven Umsatz- und Gewinneinbrüche. Es sei zu befürchten, dass den bereits vorhandenen Geschäftsschließungen in Kürze weitere nachfolgen werden. Als Ursache für den dramatischen Geschäftsrückgang wurden u.a. folgende Ursachen genannt:

- Einbahnstraßenregelung in der Schwetzinger Straße
- schlechte Erreichbarkeit des Ortsmittelpunkts durch geänderte Verkehrsführung
- unzureichende Hinweisbeschilderung zur Erreichbarkeit der Ortsmitte
- zu geringe Anzahl an Kurzzeitparkplätzen für die Kundschaft
- Mangel an Aufenthaltsqualität insbesondere im Bereich Odenwald- und Kerweplatz.

Die Anregungen der Gewerbetreibenden zur Verbesserung der derzeitigen Situation bezogen sich demnach vor allem auf eine Optimierung der Verkehrsführung, der Beschilderung, der Aufenthaltsqualität und auf die Schaffung von Kurzzeitparkplätzen. Es wurde jedoch auch um Unterstützung der Stadt bei der Entwicklung eines Marketingkonzeptes und der Durchführung von Marketingmaßnahmen für die betroffenen Betriebe gebeten.

Herr Oberbürgermeister sagte die Prüfung der Anregungen zur schnellen Realisierung der kurzfristig durchführbaren Maßnahmen wie zusätzliche Schaffung von Kurzzeitparkplätzen, verbesserter Beschilderung u.ä., aber auch Unterstützung der Stadt bei der Entwicklung und Umsetzung von Marketingmaßnahmen zu. Die Möglichkeiten zur Änderung der Verkehrsführung sollen ebenfalls einer Prüfung unterzogen werden.

Der vorliegende Antrag Nr.: 0081/2007/AN zeigt, dass auch der Gemeinderat, den dringenden Bedarf sieht, die von der Baumaßnahme „Straßenbahn Kirchheim“ betroffenen Gewerbetreibenden im Rahmen einer einmaligen Sonderaktion zu unterstützen.

Die städtische Wirtschaftsförderung nimmt diesen Auftrag gerne an. Angesichts der städtischen Sparvorgaben halten wir allerdings einen Betrag von 70.000 € zunächst für angemessen und bitten um Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in dieser Höhe. Mit diesen Mitteln sollen alle Maßnahmen finanziert werden, die zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und der Einzelhandelssituation in Kirchheim dienen, wie z.B. Entwicklung und Durchführung gemeinschaftlicher Werbeaktivitäten, neue Hinweisschilder, Begrünungsmaßnahmen und die Konzeption für die Verbesserung der Verkehrssituation sowie die Kosten der Prozessbegleitung und -dokumentation.

Da bei der Umsetzung all dieser Maßnahmen in Anbetracht der bereits dargestellten dramatischen Situation für die betroffenen Kirchheimer Gewerbetreibenden Eile geboten ist, bitten wir auf eine Vorberatung zu verzichten und unmittelbar eine Entscheidung durch den Gemeinderat zu treffen.

gez.

Dr. Eckart Würzner